

2026 FATF-Plenarsitzung Juni

Die sechste Plenarsitzung der Financial Action Task Force (FATF) unter der mexikanischen Präsidentschaft von Elisa de Anda Madrazo, die vom 15. bis 19. Juni 2026 in Paris stattfand, endete mit einer Vereinbarung, Betrüger und andere Kriminelle daran zu hindern, von illegalen Aktivitäten zu profitieren.

Auf dieser Plenartagung wurden


- **Algerien** und **Namibia** von der Liste der Jurisdiktionen gestrichen, die einer verstärkten Überwachung unterliegen.
- **Irak** und **Bosnien Herzegowina** der grauen Liste hinzugefügt.

Die Jurisdiktionen unter verstärkter Überwachung oder sogenannter grauer Liste sieht nun wie folgt aus:

Graue Liste

• Angola	• Demokratische Volksrepublik Laos
• Bolivien	• Libanon
• Bosnien Herzegowina	• Monaco
• Bulgarien	• Nepal
• Kamerun	• Papua Neu Guinea
• Elfenbeinküste	• Südsudan
• Demokratische Republik Kongo	• Syrien
• Haiti	• Venezuela
• Kenia	• Vietnam
• Kuwait	• Virgin Islands (UK)
• Irak	• Jemen

Länder, die unter verstärkter Beobachtung stehen, arbeiten aktiv mit der FATF zusammen, um strategische Mängel in ihren Systemen zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Proliferationsfinanzierung zu beheben. Wenn die FATF ein Land unter verstärkte Überwachung stellt, bedeutet dies, dass sich das Land verpflichtet hat, die festgestellten strategischen Mängel innerhalb vereinbarter Fristen schnell zu beheben, und einer verstärkten Überwachung unterliegen.



Die Liste der Länder und Gebiete mit hohem Risiko, für die ein Call-for-Action (die sogenannte Schwarze Liste) gilt, ist unverändert geblieben; Es wurden keine neuen Länder/Gerichtsbarkeiten zur Liste hinzugefügt oder aus der Liste entfernt.

Die Hochrisiko-Jurisdiktionen, die einem Call for Action oder der sogenannten Black List unterliegen, sind wie folgt:

Schwarze Liste

- Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK)
- Iran
- Myanmar

Länder mit hohem Risiko weisen erhebliche strategische Mängel in ihren Systemen zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Proliferationsfinanzierung auf. Für alle Länder, die als hochriskant eingestuft wurden, fordert die FATF alle Mitglieder und alle Jurisdiktionen auf, eine verstärkte Sorgfaltspflicht anzuwenden, und in den schwerwiegendsten Fällen werden die Länder aufgefordert, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um das internationale Finanzsystem vor den von dem Land ausgehenden Risiken der Geldwäsche, der Terrorismusfinanzierung und der Proliferationsfinanzierung (ML/TF/PF) zu schützen.

Weitere Informationen zu den Ergebnissen der oben genannten Plenarsitzung finden Sie auf der Website der FATF: <https://www.fatf-gafi.org/>